

## KURZ UND PRÄGNANT

### Datenschutzrecht

Nachdem die Landtagsmehrheit am 22. März den LINKEN Gesetzesentwurf zum Ausbau der Unabhängigkeit des Landesdatenschutzbeauftragten abgelehnt hatte, forderte MdL Ralf Hauboldt die Regierungskoalition auf, „ihren vollmundigen Ankündigungen Taten folgen zu lassen und ihr Gesetz zur Modernisierung des Thüringer Datenschutzrechts vorzulegen“. Auch angesichts des hochproblematischen Umgangs von CDU und SPD mit der Neubesetzung der Funktion des Thüringer Datenschutzbeauftragten wäre es gut, wenn künftig der Landesdatenschutzbeauftragte vom Landtag nach einem transparenten Verfahren mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden würde. Zudem wäre ein Unabhängiges Datenschutzzentrum, wie es erfolgreich in Schleswig-Holstein arbeitet, für Thüringen ein Gewinn. Die Änderungsvorschläge waren nicht einmal in die Ausschüsse überwiesen worden. Daher wird sie die LINKE zeitnah wieder in den Landtag einbringen, kündigte der justizpolitische Sprecher und Mitglied des Landesdatenschutzbeirates an. Es bleibe zu hoffen, dass die auf EU-Ebene laufende Modernisierungsdiskussion zum Datenschutz auch die Überarbeitung des Thüringer Datenschutzrechts befördert. ■

### Solarstromförderung

Mehrfach stand in der letzten Plenarsitzung die Zukunft der Solarenergie in Thüringen auf der Tagesordnung. Der Antrag der Linksfraktion, zu dem der energiepolitische Sprecher Manfred Hellmann das Wort ergriff, lautete: Keine Sonderkürzung für Solarstromförderung. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat gegen zusätzliche Kürzungen der Solarstromförderung zu wenden. Weitere Kürzungen sollen frühestens ab 1. Juli wirksam werden, damit die nachweisbar begonnenen Investitionen zu Ende geführt werden können und die Solarindustrie sich auf die neu auszuhandelnden Bedingungen bzw. Kürzungen einstellen kann. „Die außerplanmäßige Kürzung ist ein Vertrauensbruch gegenüber den Investoren von Photovoltaikanlagen und gegenüber der gesamten Solarindustrie und das in einer Zeit, in der der Ausbau erneuerbarer Energien dringend erforderlich ist“, heißt es in der Begründung des Antrags, in dem auf die Gefährdung von tausenden Arbeitsplätzen hingewiesen wird. Die jahrelangen Versäumnisse und Fehlentwicklungen in punkto Netzausbau und Aufbau von Speicherkapazitäten seien schnellstens umzukehren und zu korrigieren. ■

# Nicht nur einen guten Eindruck hinterlassen

Das Ressort Inneres und Kommunales war in und um Arnstadt unterwegs

**Das Ressort Inneres und Kommunales der Linksfraktion im Thüringer Landtag hatte es im März in das möglicherweise künftige Wirkungsgebiet des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel verschlagen. Der Kommunalexperte der LINKEN kandidiert am 22. April für das Bürgermeisteramt in Arnstadt.**

Das Ressort (dabei auch die Landtagsabgeordneten Petra Enders, die hier als Landrätin kandidiert, Heidrun Sedlacik und Ralf Hauboldt) informier-



te sich in der Kreisstadt des Ilmkreises über die Entwicklungen im Wohngebiet Rabenhold sowie beim Baubetriebshof und zum Industriestandort Erfurter Kreuz.

Noch bevor die Abgeordneten und Fraktionsmitarbeiter sich an die Besichtigungs- und Gesprächstermine machten, suchten sie am Hopfenbrunnen im Stadtzentrum das Bürgergespräch. Am Infostand konnten sich interessierte Arnstädter über die politischen Vorstellungen der LINKEN informieren und Fragen und Anregungen loswerden.

Der Arnstädter Baubetriebshof wird seit dem Jahr 2000 als Eigenbetrieb geführt. Während ein Regiebetrieb ein Teil der Kommunalverwaltung ist, bildet die Kommune mit einem Eigenbetrieb Sondervermögen. Der Eigenbetrieb hängt am städtischen Haushalt, führt aber ein eigenes Rechnungswesen und somit einen vom städtischen Haushalt losgelösten Wirtschaftsplan.

Durch Ermächtigung des Stadtrates werden auch Leistungen für Dritte erbracht. Werkleiter Torsten Wilhelm hob die durch das doppelte Rechnungswesen entstehende Kostentransparenz sowie die organisatorische Selbstständigkeit hervor. Im Falle des Baubetriebshofes habe der Stadtrat diesen

sellschaften WBG mbH und Wohnungsgenossenschaft eG in Arnstadt führten dann durch das Wohngebiet Rabenhold. Es liegt fern vom Stadtkern im Südosten hoch über der Stadt. Aufgrund von Leerständen mussten Wohnblöcke abgerissen und soll auch zukünftig noch rückgebaut werden. Die verbleibenden Wohngebäude sollen so ausgebaut werden, dass hier das Wohnen attraktiver wird.

Als für Investoren äußerst attraktiv erwiesen hat sich der zwischen Arnstadt und Ichtershausen gelegene Industriestandort Erfurter Kreuz. Allein Bosch hat dort in den letzten Jahren für sein Werk eine halbe Millionen Euro ausgegeben.



sogar ermächtigt, bis zu einer Höhe von 300.000 Euro für Dritte tätig zu werden. Das Vorurteil, dass der Baubetriebshof als Eigenbetrieb teurer sei als ein privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen, greife nicht.

Die beiden größeren Wohnungsge-

In der Jugendstrafanstalt Ichtershausen wurde das Ressort von Justizstaatssekretär Prof. Dietmar Herz sowie Anstaltsleiterin Annette Brüchmann erwartet. Hier ging es um die Perspektive der Jugendstrafanstalt, in der alle Thüringer Straffälligen, die in das Jugendstrafrecht fallen, untergebracht sind. Die zwischen 14 und 21 Jahre jungen Menschen erhalten eine Ausbildung oder können einen noch nicht vorhandenen Schulabschluss nachholen. Speziell auf die Persönlichkeit zugeschnitten werden die jungen Menschen durch Sozialarbeiter und Psychologen in Wohngruppen betreut. Die Jugendstrafanstalt am Standort Ichtershausen hat 225 Haftplätze, davon fünf im sogenannten offenen Vollzug. In der neuen Jugendstrafanstalt, die im Arnstädter Ortsteil Rudisleben entsteht, sollen es 280 Haftplätze werden, einschließlich 20 im offenen Vollzug. Der Neubau soll im nächsten Jahr fertig gestellt sein.

Frank Kuscheles Fazit über die Gespräche vor Ort: „Es wurde deutlich, dass die Arnstädter Stadtratsfraktion der LINKEN, die Linksfraktion im Thüringer Landtag und insbesondere ihr Ressort Inneres und Kommunales viele Lösungsansätze zu aufgeworfenen Problemstellungen erarbeitet haben. Was vor allem wichtig ist: Sie werden anerkannt.“ So endeten die Besuche mit dem Gefühl, nicht nur einen guten Eindruck hinterlassen zu haben. ■

Sebastian Drechsler / Kai Bekos

## Kleine Stadt, große Probleme

Blankenhain, mit 6.700 Einwohnern in 23 Ortsteilen im südlichen Weimarer Land gelegen, steckt in der Klemme: Rund 30 Mio. Euro Schulden. Pro Kopf sind das 4.569 Euro (Stichtag: 31.12.2010 Quelle: TLS). Das engt den berühmten Handlungsspielraum ein. Wenn es den überhaupt noch gibt. Dieser Frage gingen Mitglieder der Basisgruppe DIE LINKE Blankenhain und der Fraktion DIE LINKE im Blankenhainer Stadtrat nach und verschafften sich für ein Fachgespräch am 21. März kundige Unterstützung.

Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, zeigte Lösungsansätze: die Veräußerung von Gemeindevermögen, höhere Einnahmen im Verwaltungsbereich, ein Gemeindezusammenschluss, wirtschaftliches Tätigwerden oder gar eine Klage gegen das Land, da die Finanzmittel nicht ausreichen, um das kommunale Leben in Blankenhain abzusichern (kaum freiwillige Ausgaben) und das Land eine Schutzfunktion ge-

genüber den Kommunen ausüben muss. Frank Kuschel favorisierte einen Gemeindezusammenschluss oder eine Klage von Blankenhain.

Eine erfolversprechende Klage, so erläuterte Stefan Wogawa, Vorsitzender der Linksfaktionen im Stadtrat und im Kreistag, sei bisher an mangelnder Unterstützung durch den SPD-Bürgermeister sowie der Stadträte der CDU gescheitert. Er sprach sich ebenso wie Bürgermeisterkandidat Michael Eberhardt für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten aus. Das sei, da waren sich die Anwesenden einig, wegen der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit, allerdings an strenge kommunalrechtliche Auflagen gebunden. Trotzdem soll dieser Ansatz weiterverfolgt werden.

Ansonsten, so Frank Kuschel, stehe Blankenhain stellvertretend für viele andere Kommunen. Dringend notwendig sei ein anderer Gebietszuschnitt der Landkreise, die durch ihre Kreis- und Schulumlage Gemeinden teils auch in den Ruin treiben. S.D. ■